

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 3. Februar 1999

193. Interpellation von Peter Marti und 16 Mitunterzeichnenden betreffend Wirtschaftspolitik, Verbesserung der Rahmenbedingungen. Am 8. April 1998 reichten Peter Marti (FDP) und 16 Mitunterzeichnende folgende Interpellation GR Nr. 98/107 ein:

Seit 1991 forderte die FDP-Fraktion verschiedentlich die Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere Stadt als Wirtschaftszentrum. Die Begehren wurden vom Gemeinderat jeweils unterstützt und vom Stadtrat entgegengekommen, jedoch nur zögerlich und zum kleinen Teil umgesetzt. So verlangten wir am 16. November 1994 die Formulierung und Bekanntgabe verbindlicher wirtschaftspolitischer Ziele und Massnahmen (Postulat GR Nr. 94/511). Dieses Anliegen blieb bis zur Stunde unerfüllt. Um so wortreicher und lautstarker verkündete der verantwortliche Stadtpräsident und seine parteipolitische Umgebung im Wahlkampf ein wirtschaftspolitisches Credo, das aber einstweilen lediglich als Schall und Rauch wahrgenommen wird.

Wir fragen den Stadtrat:

1. Was unternimmt er konkret, um das in den vergangenen Jahren vertane Vertrauen der Wirtschaft rasch wieder zurückzugewinnen?
2. Teilt er unsere Überzeugung, dass dazu ernsthafte und fassbare Absichtserklärungen von der Qualität eines wirtschaftspolitischen Leitbildes wesentliche Voraussetzungen bilden, als Handhabe für die Wirtschaft, als Orientierungshilfe für die Politik, als Richtlinie für die Verwaltung, aber auch als positive Perspektive für alle Arbeitnehmenden und die Jugend?
3. Wie lauten konkret und detailliert die Grund- und Leitsätze des Stadtrates zu seiner künftigen Wirtschaftspolitik und welche Massnahmen verfügt er zu deren nachhaltiger Realisierung?
4. Wie kommuniziert er diese zielgerichtet und kontinuierlich, um dem verkündeten, längst fälligen Umdenken zum Durchbruch und damit zum wirtschaftlichen Aufbruch in Zürich zu verhelfen?
5. Ist der Stadtrat bereit, das in seinem Auftrag durch Nationalrat Elmar Ledergerber erarbeitete Exposé Interessierten im vollen Wortlaut zur Verfügung zu stellen, um der von ihm erhobenen Maxime für eine «offene und ehrliche Politik» zu folgen?
6. Oder lässt er zu, dass das Fazit von Reto E. Meier, dem Präsidenten des Verbandes Zürcher Handelsfirmen, wonach «... im Rahmen seines gut dotierten Auftrages für Stadtmaking war er (Ledergerber) überhaupt nicht an den echten Problemen der Wirtschaft und diesbezüglichen Lösungen, bzw. Verbesserungen interessiert», sich der Beurteilung einer weiteren Öffentlichkeit entziehen muss?

Auf den Antrag des Stadtpräsidenten beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Allgemeine Überlegungen

Ein Leitbild hat von den Realitäten auszugehen; es beruht auf einer Analyse der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklungstrends, zeichnet in Stärken-/Schwächenanalysen ein Standortprofil der Stadt bzw. des Wirtschaftsraumes, klärt die staatlichen Rahmenbedingungen, definiert sowohl die städtischen Handlungsspielräume als auch den «ausserpolitischen» Handlungsbedarf, formuliert die längerfristigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Rahmenbedingungen und arbeitet aktuelle Strategien und Massnahmen aus. Da sich die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen ständig verändern, sind auch wirtschafts- und beschäftigungspolitische Strategien immer neu zu überprüfen und anzupassen.

a) Zur Analyse der Ausgangslage

Der Regierungsrat des Kantons Zürich und die Zürcher Kantonalbank haben 1993 Studien zur Standortattraktivität und zur Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich in Auftrag gegeben. Fünf Institute untersuchten die Veränderungen der Unternehmensstruktur im Kanton Zürich und schätzten die Auswirkungen ab, welche die neuen internationalen Rahmenbedingungen und die schnell wachsenden Märkte auf den Wirtschaftsraum Zürich zeitigten. Die Studien wurden im Frühjahr 1995 publiziert.

Der zusammenfassende Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Zürich kennzeichnet den Wirtschaftsraum Zürich als Dienstleistungszentrum der Schweiz mit herausgehobenen Funktionen im Sektor der unternehmensbezogenen Dienstleistungen und als Standort für Firmenzentralen. Er benennt als Schlüsselbranchen vorab den Bankensektor und die anderen Finanz- und Unternehmensdienstleistungen und hebt innerhalb des Zürcher Industriesektors die Maschinen- und die Elektroindustrie hervor. Er stellt fest, dass der Zürcher Wirtschaftsraum stark von den Aktivitäten der Stadt geprägt wird, so wie er seinerseits eine klar herausragende Stellung in der wirtschaftlichen Landschaft der Schweiz einnehme.

Die Studien zum Wirtschaftsraum Zürich verdeutlichten aber auch, dass die Daten auf Ebene der Kantone und Gemeinden äusserst lückenhaft sind. Um das regionale Bruttoinlandsprodukt und die regionale Bruttowertschöpfung in den wichtigsten Branchen zu errechnen, richtete die BAK Konjunkturforschung Basel AG im Auftrag verschiedener Kantone, Verbände und Unternehmen und auch der Stadt Zürich den «Internationalen Benchmark Report» ein, der für 25 Branchen und 37 Regionen in Europa und Nordamerika einen Leistungsvergleich ermöglicht. Der erste Benchmark-Report wurde im März 1998 veröffentlicht.

Der erste Report, der die Entwicklung von 1990 bis 1995 nachzeichnet, zeigt eine überdurchschnittliche Produktivität bei den Schlüsselbranchen. Bei den Banken lag Zürich im internationalen Vergleich an vorderster Stelle, bei der Investitionsgüterindustrie und den übrigen Dienstleistungen ebenfalls unter den ersten zehn Regionen. Allerdings entwickelte die Region Zürich insgesamt ein sehr bescheidenes Wachstum, weil die binnenmarktorientierten, standortgebundenen Branchen, aber auch die «übrigen Dienstleistungen» im Vergleich zu 1990 an Produktivität einbüssten. Die BAK führt die wirtschaftliche Stagnation auf die Abschottung des schweizerischen Binnenmarktes, den mangelnden Wettbewerbsdruck und die Zugangsprobleme zum europäischen Binnenmarkt zurück.

Da im für die Stadt Zürich wichtigen Bereich der «übrigen Dienstleistungen» der erste Internationale Benchmark-Report keine Differenzierungen zwischen kommerziellen und persönlichen Dienstleistungen, Informatik, Immobilien, Planung, öffentlicher Verwaltung usw. zuliess, beteiligt sich die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton nicht nur an der jährlichen Aufdatierung des Internationalen Benchmark-Reports, sondern auch an der Ausweitung des Vergleichs auf die Arbeitsplatz- und Wertschöpfungsentwicklung in 20 Branchen des Dienstleistungssektors. Zugleich sind die Fachstelle für Stadtentwicklung und das Statistische Amt der Stadt Zürich im Begriff, in Abstimmung auf den Report eine die Teilregion Stadt beleuchtende Wirtschaftsstatistik aufzubauen.

Angesichts des akzelerierten Strukturwandels in der Industrie und ihres anhaltenden Bedeutungsverlustes hat die Fachstelle für Stadtentwicklung beim Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich eine vertiefende Studie über die Perspektiven des Arbeitsplatzes sowie Empfehlungen für eine langfristig orientierte Standortpolitik in Auftrag gegeben. Sie ist im Mai 1998 publiziert worden. Ihre Empfehlungen sind im nachfolgenden Standortprofil der Stadt mitberücksichtigt.

b) Standortprofil der Stadt

Nach verschiedensten Standort-Rankings gehört die Stadt Zürich zu den Top Ten in Europa.

Nach Healey & Baker lag sie 1998 auf dem achten Platz, nach Fortune und Arthur Andersen auf dem vierten Platz.

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über das Profil der weichen und harten Standortfaktoren, über Stärken und Chancen, Schwächen und Risiken.

Harte Standortfaktoren	Stärken und Chancen	Schwächen und Risiken
Lage	Zentrale Lage mitten in Europa; im Schnittpunkt dynamischer europäischer Wachstumsregionen: Stuttgart, München, Mailand, Lyon; mit Beziehungen zu verschiedenen Sprachregionen	Kleiner Binnenmarkt; eingeschränkter Zugang zum europäischen Markt
Wirtschaftsstruktur	Nationales und internationales Wirtschaftszentrum mit Brückenkopffunktion für die Schweiz	
	Spitzenstellung im Bereich Banken, insbesondere Private Banking, und bei Finanzdienstleistungen	Abhängigkeit vom Banken- und Finanzsektor
	Breites Angebot von Unternehmensdienstleistungen	
	Überdurchschnittliche Wertschöpfung auch in den Bereichen Versicherungen, Verkehr, Kommunikation, Grosshandel, Elektro- und Maschinenindustrie	Stagnation in der ersten Hälfte der neunziger Jahre
	Stark exportorientierte Industrie mit hohem Anteil an Produkt- und Prozessinnovationen	Unterdurchschnittliche Produktivität binnenmarktorientierter Firmen
Infrastruktur	Internationaler Flughafen in 10 Min. Distanz von der City mit Ausstrahlung über die Landesgrenzen	
	Flächendeckende Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr: wichtiger Knoten im nationalen Eisenbahnverkehr mit internationalen Fernverbindungen, leistungsfähiges S-Bahn-System, umweltfreundlicher Modal-Split	Fehlende Anbindung ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, ungenügende Verbindungen, v. a. nach Nordosten

Harte Standortfaktoren	Stärken und Chancen	Schwächen und Risiken
Infrastruktur	Gut ausgebautes, zuverlässiges Telekommunikationsnetz mit hoher Qualität in funktionierendem Markt	
	Engmaschiges Strassennetz mit internationaler Anbindung	Westumfahrung ist erst im Bau
Höhere Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen	Eidgenössische Technische Hochschule mit internationalem Renommee; grösste Universität der Schweiz; verschiedene Fachhochschulen; breites Fremdsprachenangebot	
	Herausragender Forschungsplatz mit vielen Nobelpreisträgern	
Wirtschaftsförderung, Innovations- und Technologieinfrastrukturen	Standortmarketing-Organisation «Greater Zurich Area» für den Wirtschaftsraum Zürich (mit One-stop-shop)	Im internationalen Vergleich steckt die Wirtschaftsförderung noch in den Kinderschuhen
	Förderung des Technologietransfers im High-Tech-Bereich: Technopark Sulzer-Escher Wyss; Förderung von Neugründungen: <ul style="list-style-type: none"> - Gründerzentrum «Start» - Venture Capital Fonds «Effort für Zürich» - ETH-Tools 	
Geschäftsflächen	Hochwertige innerstädtische Geschäfts- und Wohnlagen zu entspannteren Preisen	Fehlende grössere Büroflächen
	Besterschlossene innerstädtische Entwicklungsgebiete	
Wohnungsmarkt	Citynahe Wohnlagen mit hoher Lebensqualität; tiefe Zinssätze; erhöhte Nachfrage nach Wohneigentum	Mangel an grossen, attraktiven Wohnungen und preisgünstigem Wohneigentum; immer noch relativ hohe Miet- und Bodenpreise;
Arbeitskräfte	Grosses Einzugsgebiet mit qualifizierten Arbeitskräften	Trotzdem Mangel an hochqualifizierten Spezialisten; eingeschränkter Zugang für ausländische Arbeitskräfte
	Generell hohe Qualifikation und Motivation der Arbeitskräfte	
	Fremdsprachenkenntnisse	
	Gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schweiz	Überdurchschnittliche Arbeitslosenquote

Harte Standortfaktoren	Stärken und Chancen	Schwächen und Risiken
Staatliche Rahmenbedingungen	Im internationalen Vergleich liberale Wirtschaftsordnung mit liberalem Staat	Nichtmitgliedschaft bei der Europäischen Union
	Hohe Preisstabilität und tiefes Zinsniveau	
	Bankgeheimnis	
	Tiefster Mehrwertsteuersatz Europas	
	International und im inner-schweizerischen Städtevergleich niedrige Steuerbelastung für juristische und natürliche Personen	Ausland holt auf
	Leistungsfähige öffentliche Verwaltung (im Verwaltungsreformprozess)	
	Optimierung der Bewilligungsverfahren	
Weiche Standortfaktoren	Stärken und Chancen	Schwächen und Risiken
Wirtschaftsklima	Sich festigende Kooperation zwischen Wirtschaft und Behörden; beispielhafte Zusammenarbeit in den städtischen Entwicklungsgebieten	Enger Investitionsspielraum der Stadt
	Aufstrebende Pionier- und Neugründerbewegung (ausgehend von der ETH)	
Image	Gutes Image bezüglich Lebensqualität, Infrastrukturen und Qualität der Dienstleistungen	Image als «teures Pflaster»
	Breit wirkende Imageträger: Internationales Leichtathletik-Meeting, Streetparade, CSI, FIFA usw.	
	Attraktive Angebote für Geschäfts- und Einkaufstourismus	Fehlende Kongressfazilitäten
Lebensqualität	Hohe Lebens- und Wohnqualität	Hohe Lebenshaltungskosten
	Vielfältige nahegelegene Natur- und Erholungsgebiete	
	Im internationalen Vergleich gute öffentliche Sicherheit	
Kulturangebote	Lebendige Kunst- und Kulturszene; grosses klassisches, modernes und «alternatives» Kulturangebot: Oper, Konzerte, Theater, Film, Partys usw.	

c) Handlungsrahmen der städtischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Der Handlungsrahmen der städtischen Wirtschaftspolitik ist auf die kommunalen Zuständigkeiten eingeschränkt und wird von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und von den Politiken von

Bund und Kanton beeinflusst. Der Stadt Zürich sind im Vergleich zu ihrer internationalen Konkurrenz enge Grenzen gesteckt. Dies liegt einerseits am dreistufigen Staatsaufbau und dem bescheidenen autonomen Wirkungskreis der Städte und erklärt sich andererseits damit, dass Stadt und Region nicht deckungsgleich sind und die politische Einheit der Stadt nur den innersten Kern des Wirtschaftsraumes Zürich umfasst. Um so wichtiger sind für die Stadt die «Aussenpolitik» sowie Kooperationsmodelle mit staatlichen und privaten Organisationen.

Die Rahmenbedingungen der städtischen Wirtschaftspolitik sind weitgehend im Wirtschafts- und Sozialsystem der Schweiz festgeschrieben. Die städtische Infrastruktur-, Beschäftigungs-, Innovations- und Sozialpolitik arbeitet unter den Randbedingungen, mit den Instrumenten und Mitteln, die auf Bundes- und kantonaler Ebene vorgeformt und zugeteilt sind. In ihren Schwerpunkten werden die Entscheide über die infrastrukturellen Komponenten der Lage und Erschliessung – die Verkehrsanbindung und die übergeordneten Kommunikationsnetze – auf nationaler Ebene getroffen. Selbstverständlich sind zudem die internationale Politik, aber auch die Arbeitsmarkt- und Migrations-, die Innovations- und Wissenschaftspolitik weitgehend Bundessache. Die Qualität harter Standortfaktoren wie der Zugang zum europäischen Markt, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, das Preis-Leistungs-Verhältnis bei den Löhnen, ein wesentlicher Teil der Steuern und Lohnnebenkosten hängen somit von der Bundespolitik ab. Auch wenn mit der Umsetzung und weitergehenden Ausgestaltung in erster Linie die Kantone befasst sind, können sich in diesen Bereichen dennoch subsidiäre kommunale Handlungsfelder ergeben.

Die Schwerpunkte der kommunalen Wirtschaftspolitik liegen nach der Zuständigkeitsordnung unseres Gemeinwesens im wesentlichen bei der Bereitstellung der nötigen Flächen, der Qualifizierung von Entwicklungsgebieten, den innerstädtischen Infrastrukturen, aber auch der Gewährleistung einer breiten, zukunftsgerichteten Grundausbildung, einem die bestehenden wirtschaftlichen Potentiale nutzenden und verstärkenden Stadt- und Standortmarketing sowie – immer bedeutsamer – bei den weichen Standortfaktoren Wirtschaftsklima, Wohnwert, Kulturangebote und kreatives Klima.

d) Leitlinien und übergeordnete Ziele

Die allgemeinen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik stimmen in den verschiedenen Leitbildern im wesentlichen überein. Sie sind – auch für Zürich – wie folgt zu formulieren:

- Die Wirtschaftspolitik strebt einen hohen Beschäftigungsstand mit einem breiten Spektrum zukunftsorientierter Arbeitsplätze, die Bewältigung des Strukturwandels durch eine unterstützende Qualifizierung der Erwerbstätigen und eine berufliche Integration möglichst aller Erwerbsfähigen in den Arbeitsmarkt an.
- Sie will damit eine prosperierende Wirtschaft und gleichzeitig die Basis zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben sichern.
- Sie fördert den sozialen Zusammenhalt und den gesellschaftlichen Frieden, indem sie allen Mitgliedern der Erwerbsbevölkerung faire Chancen zur Qualifizierung und Beschäftigung und als ultima ratio zumindest soziale Sicherheit bietet.

Die Wirtschaftspolitik zielt zugleich auf eine Entwicklung und Verbesserung zukunftsfähiger Perspektiven des Wirtschaftsstandortes.

- Sie unterstützt die Weiterentwicklung der bestehenden Wirtschafts- und Betriebsstrukturen und fördert ihre Erweiterung in zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche, wobei die Bereiche Information, Kommunikation und neue Medien eine Schlüsselrolle spielen.
- Sie fördert ein möglichst umweltverträgliches Wirtschaften und die schonende, effiziente Nutzung von Ressourcen; sie achtet auf eine nachhaltige Entwicklung.
- Sie intensiviert die Zusammenarbeit innerhalb der Region zur Stärkung des gesamten Wirtschaftsraumes und dessen Vertretung gegenüber vor- und übergeordneten Planungs- und Entscheidungsträgern.
- Sie setzt sich für eine weitere Öffnung des Wirtschaftsstandortes und ein offenes, kreatives Klima ein; sie sucht die internationale Positionierung des Wirtschaftsraums in Partnerschaft mit der Wirtschaft und in Kooperation mit dem Kanton und den anderen Städten und Gemeinden zu verbessern.

e) Strategien und Massnahmen

Wirtschaftspolitik folgt einem doppelten Leitstern: Sie will einerseits die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit steigern, und andererseits Beschäftigung schaffen und die Wohlfahrt mehren (zu den Zielsetzungen vgl. lit. d). Sie führt, sowohl im engeren als auch im übertragenen Sinn Wirtschaft und Politik zusammen.

– Auf dem Weg zu einer kooperativen Wirtschaftspolitik

Je mobiler Güter, Arbeit und Kapital sind, um so weniger lässt sich Wirtschaftspolitik verordnen. Ihre Ziele können nicht gegen die Wirtschaft durchgesetzt, sondern nur mit der Wirtschaft erreicht werden. Kooperation ist je länger, je mehr «Bedingung der Möglichkeit». Sie kann nicht erst das intendierte Resultat der Politik sein, sondern bildet zugleich den Weg, der zu diesem Resultat führt oder führen kann. Dies gilt um so mehr, als auch die Wirtschaftspolitik nicht ein für allemal formuliert werden kann, weil die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Ziele im akzelerierten Wandel ständig neu überprüft und angepasst werden müssen.

Der Stadtrat hat im Mai 1995 «Grundlagen für eine städtische Wirtschaftspolitik» beschlossen, die dem Interessenausgleich zwischen Wirtschaft und Politik, Kanton und Stadt höchste Priorität einräumen. Er leitete ein konsultatives Verfahren ein, in dem mit Vertretern von Branchenorganisationen und wichtigsten Unternehmen konsensuale Positionen erarbeitet und Gefässe für den Meinungsaustausch geschaffen werden sollten. Zugleich trat der Stadtpräsident an den Kanton heran, damit unter paritätischer Beteiligung der Wirtschaft und Einbezug der anderen Gebietskörperschaften im Wirtschaftsraum Zürich eine gemeinsame Standortmarketingorganisation geschaffen werde. Die vielfältigen Gespräche führten am 18. Juni 1996 zu einer Aussprache zwischen Wirtschaft und Stadt, wobei die Wirtschaftsvertreter gegen abstrakte Formulierungen und für konkrete Projekte in wenigen Handlungsfeldern votierten.

Schon zuvor waren in Zusammenarbeit mit den Branchenorganisationen, die im Standortmarketing tätig sind, das «Handbuch zum Wirtschaftsstandort Stadt Zürich» und die Broschüre «Wirtschaftsraum Zürich/Metropolitan Zurich» entstanden. Um die planerischen Zielvorstellungen der verschiedenen Bevölkerungs- und Wirtschaftsgruppen zu klären, richtete der Stadtrat ebenfalls im Sommer 1996 das Stadtforum ein. Im Frühjahr 1996 hatte er zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Innenstadtorganisationen und der Bevölkerung des Kreises 1 eine Projektorganisation gebildet, die ein Leitbild für die Innenstadt entwickelte. Aus dem Stadtforum sind die kooperativen Verfahren im Rahmen der «Impulsgruppe Aufwertung Zürich-West», aus der Projektorganisation «Leitbild Innenstadt» der Arbeitskreis Innenstadt hervorgegangen. Inzwischen sind auch für die anderen städtischen Entwicklungsgebiete kooperative Planungsverfahren eröffnet worden. Ihre Resultate werden in die Revision der BZO einfließen. Schliesslich beruhen auch der Venture Capital Funds «Effort für Zürich» und das Gründungszentrum «Start» auf von Stadt und Wirtschaft gemeinsam getragenen Initiativen.

– *Handlungsfelder der städtischen Wirtschaftspolitik*

Der Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Zürich hat den Handlungsbedarf bei den Standortfaktoren in Zürich ausgewiesen. Er ortete die empfindlichste Schwäche in der lückenhaften Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte, machte einen erhöhten Handlungsbedarf beim Angebot von Telekommunikationsdienstleistungen und einen erheblichen Handlungsbedarf bei den Bewilligungsverfahren aus. Schon die Studien aus dem Jahr 1995, verstärkt aber auch der erste «Internationale Benchmark-Report», zeichnen die negativen Folgen des Abseitsstehens im europäischen Integrationsprozess und des erschwerten Zugangs zum europäischen Binnenmarkt nach. In den Gesprächen mit der Zürcher Wirtschaft standen die Bewilligungsverfahren und die Nutzungsplanung insbesondere für die Entwicklungsgebiete im Vordergrund.

Der Stadtrat hat sich bei der Formulierung seiner wirtschaftspolitischen Prioritäten an den vorliegenden Analysen und den von der Zürcher Wirtschaft gesetzten Schwerpunkten ausgerichtet. Er hat in den wichtigsten Handlungsfeldern Projekte und Massnahmen erarbeitet und sie dort, wo die Schwerpunkte in städtischer Zuständigkeit liegen, in die Legislaturziele aufgenommen.

– Über die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraums Zürich entscheidet vor allem der Produktionsfaktor Arbeit. Zu seiner Qualifizierung bedarf es in erster Linie bildungspolitischer Massnahmen. Für die Ausbildungsqualität der Hochschulen und ihre Abstimmung auf die gewandelten Anforderungen in den Hochwertschöpfungsbranchen tragen Bund und Kantone die Hauptverantwortung. Dies gilt auch für die Einführung von Berufsmatur und Fachhochschulen, welche die Ausbildung vor allem im technischen Bereich verbreitern und vertiefen sollen. Die städtische Politik kann in diesen Feldern nur unterstützend wirken, indem sie Infrastrukturen bereitstellt und die Kontakte zwischen Hochschulen und Unternehmen, aber auch der Hochschulen zur Verwaltung verstärkt. Und selbstverständlich hat sie für die Basis jeder höheren Ausbildung, für eine gute Grundausbildung besorgt zu sein.

Da der Wirtschaftsraum Zürich im internationalen Vergleich sehr bescheidene Dimensionen aufweist, wird er sowohl im Dienstleistungsbereich als auch in der Industrie immer auf einen Zuzug hochqualifizierter Spezialisten angewiesen sein. Ohne liberale Zulassung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte können die Engpässe des regionalen Arbeitsmarktes nicht gemeistert werden, was Innovationshemmnisse, den Wegzug internationaler Unternehmen und von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen zur Folge hätte. Die Stadt Zürich erhielt für ihre Arbeitsbewilligungspraxis schon im ersten Bericht von 1995 gute Noten. Sie hat das Verfahren inzwischen nochmals gestrafft und beschleunigt, so dass Arbeitsbewilligungen innert weniger Tage erhältlich sind. Der Wettbewerbsfähigkeit abträglich sind dagegen die Akquisition und Begünstigung schlecht qualifizierter Arbeitskräfte. Das Integrationsleitbild zieht daraus die Konsequenz, dass die Arbeitsmigration schlecht qualifizierter Arbeitskräfte unterbunden werden soll.

Zur Verbreiterung des Arbeitsmarktes trägt auch die Gleichstellungspolitik bei, in dem sie geschlechterspezifische Ausbildungshindernisse herabsetzt, die Erwerbstätigkeit durch Anpassungen des Schul- und Kinderbetreuungssystems erleichtert und Mobilitätsschranken für qualifizierte in- und ausländische Arbeitskräfte beseitigt.

– Im Handlungsfeld Infrastrukturen wurde das Angebot an Telekommunikationsdienstleistungen im Zuge der Liberalisierung flexibler und preisgünstiger gestaltet. In der Stadt Zürich ist nach schlanken Konzessionsverfahren ein sicheres, leistungsfähiges Netz von City-Carriers im Aufbau.

Die Stadt Zürich engagiert sich national und international für gute Anschlüsse ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz und unterstützt einen auch die Interessen der Anwohnerschaft einbeziehenden Ausbau des Flughafens.

– Im Handlungsfeld staatliche Rahmenbedingungen sind für den Standort wichtige städtische Kernkompetenzen angesprochen. Sie betreffen die Qualität und kundengerechte Erbringung städtischer Verwaltungsdienstleistungen und die Koordination der Ämter, die damit befasst sind. Im Brennpunkt stehen vor allem die Bewilligungsverfahren. Zu den Standortfaktoren gehören auch die Überblickbarkeit und Berechenbarkeit des politisch-rechtlichen Umfelds. Einen im internationalen Städtevergleich weiterhin positiven Standortfaktor stellen schliesslich die Steuern dar, wobei die Steuergesetzgebung bei Bund und Kantonen angesiedelt ist.

Der Stadtrat leitete vor drei Jahren eine tiefgreifende Verwaltungsreform ein, welche die Effizienz, die Kundennähe und Kundenfreundlichkeit der städtischen Verwaltung steigern und verbessern soll. Insbesondere überprüft er unter Beizug der Kundinnen und Kunden sämtliche Bewilligungsverfahren, wobei die Abläufe nicht nur vereinfacht und gestrafft, sondern in einem eigentlichen Prozess-Reengineering Schnittstellen beseitigt und nach Möglichkeit One-stop-shops angeboten werden sollen.

Der Stadtrat richtete 1997 eine «Anlauf- und Koordinationsstelle Wirtschaft» ein, die als Türöffner leichteren Zugang zur Verwaltung verschafft, bei komplexeren Projekten und insbesondere für Ansiedlungsinteressenten an runden Tischen Randbedingungen klärt, in Konfliktfällen Mediationen übernimmt und über ein eingespieltes

Netz mit externen Partnern des Standortmarketings in kürzester Zeit für aktuelle und koordinierte Informationen sorgt.

Der Stadtrat hat im Rahmen der Bestandes- und Beziehungspflege seine Kontakte zu Verbänden, Organisationen und wichtigen Unternehmen verstärkt. Um gegenüber anderen Regionen, insbesondere auch auf eidgenössischer Ebene, eine bessere Vertretung des Wirtschaftsraumes Zürich zu erreichen, gründete die Stadt Zürich zusammen mit anderen Gemeinden die Städteorganisation «Zürich Plus». Sie reicht von Schaffhausen und Frauenfeld bis nach Rapperswil, Aarau und Baden. Schliesslich haben sich der Kanton Zürich, die Städte Zürich und Winterthur und die Städteorganisation «Zürich Plus» unter paritätischer Beteiligung der Wirtschaft zur Standortmarketing-Organisation «Greater Zurich Area» zusammengeschlossen. Sie soll dieses Jahr operativ werden und mit internationalem Beziehungsnetz gezielt Ansiedlungen fördern, aber auch auf eine Verbesserung des Standortes hinwirken.

– Im Bereich der Nutzflächen und Geschäftslagen liegt die Hauptanstrengung auf den kooperativen Planungen und der bedürfnisgerechten Erschliessung der Entwicklungsgebiete. Angestrebt werden lebendige, attraktive Stadtteile mit hoher Arbeits- und Lebensqualität, mit guter Versorgung und vielfältigen Erholungs- und Freizeitangeboten. Zur Förderung des von der Verdrängung bedrohten Gewerbes sollen besondere Instrumente entwickelt werden.

Der Stadtrat unterstützt eine umfassende Revision des Planungs- und Baugesetzes, die unter Wahrung der Stadt- und der Umweltqualität eine höhere Flexibilität der Nutzungen und eine schnellere Anpassung an neue Bedürfnisse gewährleistet.

– Im Handlungsfeld Innovationsförderung, Wissenstransfer und Neugründungen geht es darum, die Wissensproduktion und -diffusion zu verstärken und Kontakte zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft zu intensivieren und zu institutionalisieren. Im High-Tech-Bereich stellt der Technopark ein geglücktes Beispiel für kurze Wege, enge Kontakte und die gezielte Förderung von Spin offs dar. Die Stadt Zürich unterstützt Unternehmensgründungen, indem sie, zusammen mit der Wirtschaft, über den Venture Capital Fund «Effort für Zürich» Risikokapital und im Gründungszentrum «Start» Flächen zur Verfügung stellt. Beide Institutionen bieten auch Coachings an. Sie stehen in engem Kontakt zu «ETH-tools». Der Stadtrat legt Wert darauf, dass die Tätigkeiten innerhalb der verschiedenen Gefässe miteinander koordiniert und, wo sinnvoll, aufeinander abgestimmt sind.

– Wie unter lit. a) angeführt, sind die Daten zum Wirtschaftsraum Zürich äusserst lückenhaft. Die Fachstelle für Stadtentwicklung und das Statistische Amt sind daher bestrebt, eine Wirtschaftsstatistik aufzubauen. Sie soll die Entwicklung der Arbeitsplätze in den einzelnen Branchen, Neugründungen und Liquidation, Zu- und Wegzüge sowie die Entwicklung der Wertschöpfung umfassen. Auch soll eine Datenbank mit den Baugrundstücken, den laufenden Bauvorhaben und den verfügbaren Flächen eingerichtet und den Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Ebenso sollen alle Standortinformationen auf Datenträgern bereitgestellt werden.

– Die vorstehende Aufzählung der Handlungsfelder ist keinesfalls erschöpfend. Sie enthält, wie angeführt, jene Bereiche, die in den

vorliegenden Analysen und in Gesprächen mit der Wirtschaft als vorrangig eingestuft wurden. Die Reihe der Massnahmen und Projekte liesse sich zweifellos ergänzen: um Schlüsselprojekte wie die Messe oder das neue Stadion, um den Schwerpunktbereich des Wohnungsneubaus und der Wohnungserneuerungen, um Massnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels (von Umschulungen bis zum «ergänzenden Arbeitsmarkt»), um den Bereich des nachhaltigen Wirtschaftens («Agenda 21») usw. Da es kaum eine wichtigere Tätigkeit gibt, die nicht auch für den Standort und seine Wirtschaft bedeutsam wäre, und gerade weiche Standortfaktoren wie Lebensqualität und Kultur immer stärker betont werden, sind einem umfassenden Wirtschaftsleitbild fast keine Grenzen gesetzt.

Gestützt auf präzisere Analysen und als Grundlage für ein aktives Standortmarketing innerhalb der GZA wird der Stadtrat in den für die Stadt Zürich bedeutsamsten Wirtschaftsfeldern weitere Aktionsprogramme und Massnahmenpakete erarbeiten. Sie werden insbesondere Strategien zur Stärkung aussichtsreicher Wirtschaftssektoren und zur Förderung des Tourismus beinhalten.

Zu den Fragen 1 bis 4: Der Stadtrat hat zu den meisten der vorerwähnten Studien, Projekte und Planungen – in vielen Fällen zusammen mit Vertretern der Wirtschaft – nicht nur ernsthafte und fassbare Absichtserklärungen, sondern auch Fortschritte und Resultate kommuniziert und die Förderung des Wirtschaftsstandortes samt entsprechenden Massnahmen als politischen Schwerpunkt in die Legislaturziele aufgenommen. Zweifelsohne entfaltet ein Leitbild, das auf fundierte Analysen aufbaut, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zielsetzungen formuliert und in den einzelnen Handlungsfeldern entwickelte Strategien aufzeigt, perspektivische, das Verwaltungs- und das private Handeln anleitende Wirkung. Doch kann der wertvollste und erfolgsträchtigste Teil eines wirtschaftspolitischen Leitbildes nicht von der Politik eronnen, sondern muss gestützt auf sorgfältige Analysen in Kooperation mit der Wirtschaft erarbeitet werden. Der Stadtrat ist im übrigen der entschiedenen Ansicht, dass das gegenseitige Vertrauen weniger durch programmatische Schriften, als in konstruktiver und kooperativer Zusammenarbeit gewonnen wird. Im übrigen verweist der Stadtrat auf die vorstehenden Ausführungen.

Zu den Fragen 5 und 6: Elmar Ledergerber hatte im Auftrag der stadträtlichen Wirtschaftsdelegation Gespräche mit Vertretern der Zürcher Wirtschaft geführt und deren Resultate als Grundlage für die Besprechung vom 18. Juni 1996 in einem Papier zusammengefasst. Das Papier ist sämtlichen am Gespräch beteiligten Personen aus Wirtschaft und Politik abgegeben worden. Es handelte sich dabei nicht um ein Leitbild, sondern um eine Skizze für ein Zürcher Standortmarketing.

Dem Stadtrat ist nicht bekannt, dass sich der Präsident des Verbands der Zürcher Handelsfirmen im zitierten Sinn geäußert hätte. Weder an der damaligen Aussprache noch in den vielfältigen Kontakten des Stadtrates mit der Zürcher Wirtschaft ist eine solche Kritik je laut geworden.

Mitteilung an den Stadtpräsidenten, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber